

TAUBEN-INITIATIVE BASEL-STADT

Politische Entscheidungsgrundlage für die Parteien im Grossen Rat

Stadttauben sind kein emotionales Randthema und kein romantisches Tierschutzanliegen. Sie sind ein seit Jahren ungelöstes urbanes Strukturproblem, das das Stadtbild, die Wirtschaft, den Immobilienbestand, die öffentliche Hygiene und die Glaubwürdigkeit staatlichen Handelns belastet. Dieses Problem ist in Basel-Stadt allgegenwärtig, dokumentiert und sichtbar. Was bislang fehlt, ist nicht Wissen, sondern der politische Wille, eine wirksame und nachhaltige Lösung umzusetzen. Stattdessen wurde das Problem über Jahre hinweg verwaltet, verschoben und mit punktuellen Massnahmen beruhigt ohne strukturelle Wirkung.

Der Grosse Rat steht nun vor einer Richtungsentscheidung, die weit über ein einzelnes Projekt hinausgeht.

1) Ein reales Problem mit realen Folgen für Basel

Die Stadttaubenpopulation in Basel-Stadt ist seit Jahren hoch und weitgehend unkontrolliert. Die Folgen sind täglich sichtbar:

- Verschmutzung von Gebäuden, Plätzen und öffentlicher Infrastruktur
- Nutzungseinschränkungen im öffentlichen Raum
- steigende Reinigungs- und Unterhaltskosten
- wiederkehrende Konflikte zwischen Bevölkerung, Behörden und privaten Akteuren
- ein zunehmend negatives Erscheinungsbild der Stadt

Diese Belastungen betreffen nicht einzelne Interessengruppen, sondern den Kanton als Ganzes: die öffentliche Hand, die Wirtschaft, Immobilieneigentümer und Mieter, den Tourismus sowie die Bevölkerung insgesamt.

Basel leidet sichtbar unter einem Problem, das seit Jahrzehnten nicht gelöst, sondern politisch vertagt wurde.

2) Politische Verantwortung statt weiterer Problemverschiebung

Abwehrmassnahmen, Vergrämung, punktuelle Eingriffe und zeitlich begrenzte Pilotprojekte haben eines gemeinsam:

Sie verändern die Ursachen des Problems nicht.

Sie verschieben Tauben räumlich von einem Ort zum nächsten, von einem Quartier ins andere und verlängern damit ein System, das Kosten verursacht, ohne Wirkung zu entfalten.

Dass dieses Vorgehen nicht funktioniert, ist keine neue Erkenntnis. Es ist das Ergebnis einer politischen Zurückhaltung, strukturelle Entscheidungen zu vermeiden.

3) Zwei politische Wege – mit grundlegend unterschiedlichen Konsequenzen

Dem Grossen Rat liegen zwei Konzepte vor:

- die Tauben-Initiative Basel-Stadt, entstanden aus der Bevölkerung,
- der überarbeitete Gegenvorschlag des Regierungsrates gemäss Grossratskommission (UVEK-Pilotprojekt).

Der Unterschied liegt nicht im Detail, sondern im Anspruch: Steuerung und Lösung versus Verwaltung und Verschiebung.

4) Die Tauben-Initiative Basel-Stadt: eine wirksame Lösung

Die Initiative setzt dort an, wo das Problem entsteht: bei Fortpflanzung, Aufenthaltsorten und fehlender Steuerung. Sie sieht vor:

- den Aufbau eines flächendeckenden Netzes von rund 15–20 betreuten Taubenschlägen,
- eine kontrollierte, artgerechte Fütterung im Schlag, um Tauben dauerhaft zu binden,
- flächendeckenden Eiertausch zur wirksamen Fortpflanzungskontrolle,
- tierärztliche Betreuung zur Stabilisierung der Population,
- eine realistische Reduktion der Population auf 3'000–4'000 Tauben,
- die konsequente Durchsetzung des Fütterungsverbots ausserhalb der Schläge.

Diese Grössenordnung ist entscheidend:

Nur mit 15–20 Schlägen lässt sich ein relevanter Teil der Stadttaubenpopulation erfassen und steuern. Diese Zahl entspricht den Erfahrungen aus Städten, die das Problem erfolgreich entschärft haben.

Der Ansatz ist erprobt, überprüfbar und nachhaltig – nicht theoretisch, sondern praktisch bewährt in zahlreichen europäischen Städten.

Er ermöglicht:

- weniger Tauben im öffentlichen Raum,
- weniger Verschmutzung und Folgekosten,
- ein gepflegteres Stadtbild,
- Planbarkeit statt Dauerintervention.

5) Warum der überarbeitete Gegenvorschlag nicht funktionieren kann

Der überarbeitete Gegenvorschlag sieht ein vierjähriges Pilotprojekt mit lediglich fünf Taubenschlägen und einem Budget von CHF 830'000 vor. Dieses Konzept scheitert nicht an der Umsetzung, sondern an seinen strukturellen Grundlagen.

Zu geringe Reichweite

Mit fünf Schlägen werden weniger als 5 % der Stadttauben erfasst. Eine wirksame Bestandssteuerung ist rechnerisch ausgeschlossen.

Keine stabile Bindung

Unzureichende und nicht konsequente Fütterung verhindert die Bindung an die Schläge. Die Tauben bleiben weiterhin gezwungen, im Stadtgebiet Futter zu suchen und an Gebäuden zu brüten und zu verweilen.

Keine wirksame Fortpflanzungskontrolle

Der Verzicht auf flächendeckenden Eiertausch lässt die hohe Reproduktionsrate ungebremsst. Die vorgesehene Entnahme und Tötung von Jungvögeln verhindert zusätzlich jede Bindungswirkung der Elterntiere an die Schläge.

Verdrängung statt Steuerung

Vergrämgungsmassnahmen wie Greifvogeleinsätze führen lediglich zu kurzfristigen Ausweichbewegungen. Nach deren Ende kehren die Tauben in ihre angestammten Quartiere zurück.

Fehlende medizinische Stabilisierung

Ohne tierärztliche Betreuung können sich Krankheiten und Parasiten weiterverbreiten. Dies schwächt die Wirkung des Gesamtsystems und stellt ein vermeidbares Risiko für Tiere, Menschen und Umwelt dar.

Zusammengefasst: Der Gegenvorschlag verlängert ein bekanntes Problem mit hohem Mitteleinsatz ohne eine Aussicht auf Erfolg.

6) Image, Glaubwürdigkeit und politische Verantwortung

Basel-Stadt versteht sich als moderne, verantwortungsvolle und nachhaltige Stadt. Umso schwerer wiegt der Widerspruch, dass ausgerechnet beim Stadttaubenmanagement an überholten Methoden festgehalten wird.

Städte wie Bern oder Freiburg im Breisgau zeigen seit Jahren, dass ein präventiver, steuernder Ansatz funktioniert. Dass Basel diesen Weg bislang verweigert, ist fachlich nicht erklärbar und beschädigt die Reputation der Stadt.

Besonders problematisch ist die im Gegenvorschlag vorgesehene Entnahme und Tötung von Jungvögeln aus den Taubenschlägen. Diese Praxis ist keine zeitgemässe Bestandskontrolle, sondern Ausdruck konzeptioneller Hilflosigkeit. Sie verhindert jede Steuerung und wirkt aus heutiger Sicht unzivilisiert und rückwärtsgewandt.

Ein sogenanntes Pilotprojekt, das auf Methoden zurückgreift, die andere Städte bewusst hinter sich gelassen haben, steht im Widerspruch zum Selbstverständnis einer urbanen, zukunftsorientierten Stadt.

Schlussfolgerung und Aufforderung an den Grossen Rat

Der Entscheid des Grossen Rates ist mehr als eine technische Abstimmung. Er ist ein Signal, wie Basel mit offensichtlichen Problemen umgeht:

- weiter verwalten – oder endlich lösen,
- vertagen – oder Verantwortung übernehmen,
- kurzfristig beruhigen – oder langfristig handeln.

Die Bevölkerung hat mit der Tauben-Initiative gehandelt, weil jahrelanges Zuwarten nicht mehr akzeptiert wird. Die Initiative ist kein Protest, sondern ein konkreter, konstruktiver Lösungsvorschlag.

Wir bitten die Parteien im Grossen Rat eindringlich, sich vor der Beratung vom 7. Januar 2026 die Tragweite dieses Entscheids vor Augen zu führen.

Es geht um:

- das Stadtbild von Basel,
- die Glaubwürdigkeit politischer Entscheidungen,
- den Anspruch auf Nachhaltigkeit,
- und um die Frage, ob Basel Probleme löst oder weiter verschiebt.

Die Lösung liegt auf dem Tisch.

Jetzt braucht es den politischen Mut, sie auch umzusetzen.

Tauben-Initiative Basel-Stadt – 2. Januar 2026